

Medtech-Streit: EU will eine Übergangslösung

Die EU pocht auf das Rahmenabkommen und droht, geltende bilaterale Verträge nicht mehr zu aktualisieren. Das gilt auch für das Abkommen über technische Handelshemmnisse im Bereich Medizinaltechnik, wo eine Aktualisierung Ende Mai ansteht. Jetzt soll die Drohung wahr werden: «Angesichts des Mangels an Fortschritt beim Rahmenabkommen kann das Abkommen nicht aktualisiert werden», so ein Sprecher der EU-Kommission. Damit würden Schweizer Medtech-Firmen beim EU-Marktzugang ab Ende Mai benachteiligt.

Weil sich Europa mit der Coronapandemie aber gerade in einer gesundheitlichen Notlage befindet, strebt Brüssel eine Übergangslösung an: Alle bereits zertifizierten Schweizer Produkte sollen bis maximal 2024 weiterhin ungehindert auf den EU-Markt kommen. Offensichtlich fürchtet man sich vor einem Engpass bei Produkten, die dringend gebraucht werden. Die Übergangslösung gilt aber nicht für neu zugelassene Medizinalprodukte. Diese müssten ab Ende Mai zusätzlich in der EU geprüft werden.

Es liegt nun am Bund, zu entscheiden, ob man das Angebot annehmen will. Der Bundesrat stellte sich bisher auf den Standpunkt, dass die EU das Abkommen grundsätzlich als Ganzes aktualisiert müsse und lehnt eine Verbindung mit dem Rahmenvertrag ab. Beim Branchenverband «Swiss Medtech» reagiert man verhalten optimistisch: «Es scheint, dass das Risiko eines Versorgungsengpasses Bewegung in die Gespräche bringt. Bevor wir sagen können, was die Ankündigung der EU-Kommission konkret bedeutet, müssen wir den genauen Wortlaut abwarten, dem die EU und die Schweiz zustimmen.» (rhe)